

Aus dem Parlament

Parlament und Regierung entschuldigen sich

Juden offiziell als Opfer anerkannt – Resolution einstimmig angenommen

VON DANI SCHUMACHER

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben Parlament und Regierung gestern die Verantwortung übernommen und sich offiziell bei der jüdischen Gemeinde für das Leid entschuldigt, das den Juden während der deutschen Besatzungszeit in Luxemburg zugefügt wurde. Mit dieser symbolischen Geste zogen sie die Konsequenzen aus den Erkenntnissen des Artuso-Berichts zum Thema der Kollaboration und der Rolle der Verwaltungskommission.

70 Jahre nach dem Ende des Krieges kam gestern endlich die von der jüdischen Gemeinde seit langem erwartete symbolische Geste: Das Parlament und die Regierung sprachen nach einander eine offizielle Entschuldigung aus und erkannten die Juden somit offiziell als Opfer des Zweiten Weltkriegs an.

Die Plenarsitzung folgte einer präzisen Choreografie. Als erster Redner zeichnete Premierminister Xavier Bettel noch einmal kurz den Weg auf, der letztendlich zu der Entschuldigung und zu der Anerkennung des Leids geführt hatte. Der Impuls für die nun zumindest teilweise erfolgte Aufarbeitung eines der dunkelsten Kapitel der rezenten Geschichte ging ungewollt von dem früheren belgischen Premier Elio Di Rupo aus, der sich 2012 bei der jüdischen Gemeinde seines Landes für die Mitverantwortung der Behörden an der Deportation der Juden während der deutschen Besatzung entschuldigt hatte.

Diese Entschuldigung löste auch in Luxemburg eine breite Debatte

aus, an deren vorläufigem Ende der noch von der Vorgängerregierung in Auftrag gegebene Bericht des Historikers Vincent Artuso steht, der im Februar vorgestellt worden war. Die Entschuldigung von Parlament und Regierung basieren auf den Erkenntnissen des Berichts, in dem der Historiker zum Schluss gekommen war, dass die Verwaltungskommission mit den deutschen Besatzern kollaboriert hat. Ihre Arbeit habe zwar nicht in den Massenmord geführt, sie trage aber eine Mitschuld an der Deportation der Juden, so das Fazit. Auch konnte er ein Fehlverhalten bei anderen Verwaltungen und Institutionen nachweisen.

Einstimmigkeit

Es sei wichtig, dass die Resolution einstimmig verabschiedet werde, hatte Alex Bodry im Zuge der Beratungen des Institutionenausschusses immer wieder betont: „Es war unser Wille, dass die Resolution einstimmig verabschiedet wird, und es ist uns auch gelungen“, so der Ausschussvorsitzende und LSAP-Fraktionschef gestern nach der kurzen Ansprache des Premiers, als er das Dokument vorstellte, an der die Kommission während sieben, teils sehr langen Sitzungen gefeilt hatte. „La Chambre des Députés, reconnaît et déplore profondément les souffrances infligées à la communauté juive, à ses membres luxembourgeois et étrangers, durant l'occupation nazie du Luxembourg... (et) exprime ses excuses à la communauté juive, alors que du fait des actes fautifs commis, la responsabilité de l'autorité publique luxembourgeoise se trou-



Historische Sitzung: Das Interesse an der Debatte über den Artuso-Bericht war groß. Die Zuschauertribüne war bis auf den letzten Platz besetzt. (FOTO: GUY JALLAY)

ve engagée“, heißt es in der Resolution. Ferner wollen die Abgeordneten dafür sorgen, dass die historische Forschung weitergeführt und dass die Erinnerung an die „faits dramatiques et marquants de notre Histoire“ wachgehalten wird. Konkret bedeutet dies, dass sie u.a. die Errichtung eines Shoah-Denkmal und die Gründung einer Shoah-Stiftung unterstützen. Die Parlamentarier verpflichten sich aber auch, alles zu tun, damit es nie wieder zu Antisemitismus, Rassismus und ver-

wies u.a. auf die Opfer der Résistance und der Zwangsrekrutierten.

Bodry, wie alle anderen Redner, auch war dabei stets bemüht, eine Brücke für die anderen Opferverbände zu bauen, aus deren Reihen vereinzelt Kritik am Artuso-Bericht laut geworden war. Dass Luxemburg im Krieg 5 700 Tote zu beklagen hatte und somit einen sehr hohen Blutzoll zahlen musste, habe sich in das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung des Landes eingegraben, erinnerte Bodry und ver-

offiziellen Kommunikee, das unmittelbar nach der Parlamentsitzung veröffentlicht wurde, heißt es: „70 ans après la fin de la Deuxième Guerre mondiale, le gouvernement entend rendre justice aux membres de la communauté juive, résidant au Luxembourg au début de la guerre ou y réfugiés en provenance d'autres pays pour échapper au déferlement de l'horreur nazie et qui sont devenus par la suite les victimes des mesures décrétées par l'occupant. Dans ce contexte, le gouvernement présente ses excuses à la communauté juive pour les souffrances qui lui furent infligées et pour les injustices commises à son endroit et reconnaît la responsabilité de certains représentants de l'autorité publique dans l'incommensurable qui a été commis.“

Um ihr einstimmiges Votum zu unterstreichen, beendeten die Abgeordneten die Debatte mit Applaus, eine eher seltene Geste im Hohen Haus.

In einer Pressemitteilung nimmt das Consistoire Israélite das einstimmige Votum des Parlaments „mit Zufriedenheit“ zur Kenntnis. Die vom Parlament und der Regierung vorgebrachte Entschuldigung sei für die Überlebenden der Shoah, deren Nachkommen und für die gesamte jüdische Gemeinschaft von großer Bedeutung. Der Forschung einiger Historiker und Journalisten sei es zu verdanken, dass die Tragödie, nicht in Vergessenheit geraten ist und, wenn auch spät, zu einer breiten Debatte geführt habe. Auch die Vereinigung MemoShoah begrüßte die Entscheidung der beiden Institutionen.